

Ein Kopftuchverbot nicht nur für Lehrerinnen, sondern auch für Schülerinnen? Der Zürcher Regierungsrat unterstützt diese SVP-Idee

Die Partei spricht von einem «guten Signal».

Michael von Ledebur 16.03.2026, 16.50 Uhr ⌚ 3 Leseminuten



Eine Muslimin mit Kopftuch holt ihre Kinder nach Unterrichtschluss von der Schule ab.

Winfried Rothermel / imago stock&people

Im vergangenen Sommer hätte eine junge Lehrerin, die das Kopftuch trägt, eine Stelle an einer Primarschule im Kanton St. Gallen antreten

sollen. Dazu kam es nicht, weil Eltern sich erfolgreich gegen ihre Anstellung wehrten. Doch der Fall befeuerte einen politischen Streit, der einige Jahre lang geruht hatte.

Die SVP ortete einen generellen Missstand. Im Kanton Zürich lancierte sie einen Vorstoss im Kantonsrat: Der Regierungsrat solle eine gesetzliche Grundlage schaffen, die «das Tragen von Kleidungsstücken, die den Kopf von Frauen und Mädchen aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen bedecken, an sämtlichen öffentlichrechtlichen Schulen und Kindergärten grundsätzlich untersagt».

Jetzt hat der Zürcher Regierungsrat mitgeteilt, dass er die Motion entgegennehmen will. Das ist bemerkenswert, weil bisher kein Kanton in der Schweiz ein Kopftuchverbot für Schülerinnen kennt. Wie der Regierungsrat seine Zustimmung begründet, ist offen. Er diskutiert Vorstösse jeweils mündlich, die Diskussion untersteht dem Sitzungsgeheimnis.

Der Zürcher SVP-Präsident Domenik Ledergerber spricht von einem «guten, wichtigen Signal». Es sei wichtig, dass der Regierungsrat das Problem anerkenne. Die SVP begründet ihren Vorstoss damit, dass muslimisch begründete Kopfbedeckungen den christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen der Volksschule widersprächen. Sie drückten Diskriminierung von muslimischen Frauen und Mädchen aus und hemmten deren «Entwicklung und Bewegungsfreiheit».

Symbole und Kleidungsstücke anderer Religionen könnten nicht mit dem muslimischen Kopftuch verglichen werden, «weil Letzteres nur für

Mädchen und Frauen vorgesehen ist und somit eine Markierung und Diskriminierung bedeutet».

Die SVP St. Gallen hat einen ähnlichen Vorstoss eingereicht. Auf nationaler Ebene ist das rechtskonservative Egerkinger Komitee mit einer Petition aktiv geworden. Mehr als 10 000 Personen haben sie unterschrieben.

Ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen kennen bereits mehrere Kantone. Der Berner Regierungsrat hat erst letzten Herbst eine Lockerung abgelehnt. Ob hingegen ein Verbot für Schülerinnen rechtlich zulässig wäre, ist fraglich. In einem Fall von 2015 taxierte das Bundesgericht ein Kopftuchverbot in einer St. Galler Schule als unverhältnismässig.

Beim Zürcher SVP-Vorstoss ist entscheidend, ob sich im Kantonsrat eine Mehrheit findet, die die Motion – ein direkter Auftrag an die Regierung, ein Gesetz auszuarbeiten – unterstützt. Interessant ist dabei vor allem die Position der SP. Die nationale Partei hat ihre Position dazu kürzlich radikal revidiert. Sie ist nun gegen ein Kopftuchverbot.

Die Zürcher SP-Co-Fraktionspräsidentin Sibylle Marti sagt zur NZZ, sie sehe den SVP-Vorstoss kritisch und halte den Entscheid des Regierungsrats für falsch. Ob man beim Kopftuch nun Zwang anwende oder ein Verbot ausspreche: Es handle sich in beiden Fällen um eine Kleidervorschrift für Frauen. Lehrpersonen sollen sich kleiden können, wie sie möchten – wobei selbstverständlich Indoktrination verboten sei.

Abzulehnen sei, dass die SVP ein einziges religiöses Symbol heraushebe und verbieten wolle. Um die Emanzipation der Frauen gehe es der Partei

nicht, sondern um Wahlkampf und um das Schüren von Ressentiments gegen Muslime.

Die nationale SP hatte das Kopftuch noch 2010 als frauenfeindlich bezeichnet und als fehl am Platz beim Erfüllen öffentlicher Aufgaben, insbesondere für Lehrerinnen. An ihrem Parteitag in Biel im Februar hat die Partei aber eine Resolution der SP-Migranten angenommen. Die Partei verurteilt nun pauschale Kopftuchverbote in staatlichen Institutionen und sieht die Kopftuchdebatte als Zeichen antimuslimischen Rassismus.

In dieses Bild passt, dass bei den Wahlen am 8. März in der Stadt Zürich zwei SP-Kandidatinnen neu ins Stadtparlament gewählt wurden, die ein Kopftuch tragen. Eine von ihnen ist Vera Çelik, die innerhalb der SP zur Stimme in der Kopftuchfrage geworden ist. Sie sieht das Tragen ihres Kopftuchs als «Akt der Emanzipation».

Çelik geriet am Wochenende in die Kritik: Sie stehe der türkischen Regierung unter Recep Tayyip Erdogan nahe. Die Botschafterin in der Schweiz sowie der Generalkonsul in Zürich haben ihr zur Wahl gratuliert. Zudem liess sich Çelik gemäss dem «Sonntagsblick» im Vorfeld der Wahl gemeinsam mit Suat Şahin, dem Präsidenten der Türkischen Gemeinschaft Schweiz, ablichten. Diese gilt als regierungsnah und hat Çelik zur Wahl empfohlen.

Çelik sagt auf Anfrage der NZZ, sie kenne Şahins politische Positionierung nicht. Und sie spricht von «Falschmeldungen». Als Schweizer Politikerin habe sie nichts mit der türkischen Politik zu tun.